

Niederschrift

zur 24. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 11.05.2017	18:33 - 22:25 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

CDU/FDP-Fraktion

Karin Lehmann,

Fraktion DIE LINKE.

Jutta Bargenda, Stephan Wende Vertretung für Frau Monika Fiedler,

CDU/FDP-Fraktion

Wolfgang Petenati Vertretung für Frau Petra Schumann, Jürgen Teichmann,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christina Krüger, Anja Miethke,

SPD-Fraktion

Klaus Runge, Elke Wagner,

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz bis 20.35 Uhr,

Sachkundige EinwohnerInnen

Thomas Apitz, Myriam Kalipke, Rainer Killisch, Marion Römer,

Verwaltung

Fachbereichsleiterin Bürgerdienste Frau Meister, Fachbereichsleiter Stadtentwicklung Herr Tschepe, Gleichstellungsbeauftragte und verantwortlich für Öffentlichkeitsarbeit Frau Trilling, Fachgruppenleiter Kultur und Sport Herr Kaul, Fachgruppenleiter Liegenschaftsmanagement Herr Fettke, Mitarbeiterin der Stadtplanung Frau Albrecht, die Jugendpflegerin Frau Hirsch und die Integrationsmanagerin Frau Hoffmann, Frau Stein fürs Protokoll

Gäste

Herr Röstel, Fachbereichsleiter beim Verein JuSeV, Planungsbüro Frau Hartfiel, 20 weitere Gäste, Herr Stemmler für die MOZ

Abwesend

CDU/FDP-Fraktion

Petra Schumann.

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die **Vorsitzende** eröffnet um 18.33 Uhr die 24. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen.

Frau Meister nimmt heute letztmalig in der Position der Fachbereichsleiterin Bürgerdienste an der Sitzung des Fachausschusses teil. **Frau Lehmann** dankt im Namen des Gremiums für die konstruktive Zusammenarbeit und wünscht für die Zukunft alles Gute.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Es sind 11 stimmberechtigte Mitglieder und 3 sachkundige Einwohner anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Es gibt Änderungen zur vorliegenden Tagesordnung.

1. Die Beratungsdrucksache 6/DS/481, Kündigung der öffentlich rechtlichen Vereinbarungen zur Übertragung der Schulträgerschaft auf die Stadt Fürstenwalde/Spree, wird seitens der Verwaltung zurückgezogen. Sie erhält Ungenauigkeiten und die öffentliche Diskussion hat gezeigt, dass nach Alternativen gesucht werden muss, so **Frau Meister**. Mit heutigem Datum ist der Antrag der Fraktion die Linke, 6/AN/491, Mehr Bildungs Kooperation statt weniger Kooperation ist nötig, eingegangen. Er passt inhaltlich nicht zur Beratungsdrucksache und sollte deshalb vorab diskutiert werden.

2. Der TOP 7.8, die Informationsdrucksache zur Gemeinsamen Betreuung Museum und Galerie – Teil I Schwerpunkt Betrachtung Museum, ist im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln, da sie personenbezogene Daten enthält.

Die **Vorsitzende** stellt den Antrag der Fraktion die Linke, 6/AN/491, an die Stelle der Drucksache 6/DS/481.

Frau Miethke beantragt die TOP 7.7. und 7.8. gänzlich von der TO zu nehmen, da die Beratungsgegenstände erst heute als Tischvorlagen zur Verfügung stehen und somit von den Mitgliedern des Ausschusses nicht zur Kenntnis genommen werden konnten.

Die **Vorsitzende** bittet um Abstimmung:

Streichung des TOP 7.7.

Zustimmung Ja 9 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

Streichung des TOP 7.8.

Zustimmung Ja 5 Nein 4 Enthaltung 2 Befangen 0

Somit wird dem Antrag stattgegeben.

Herr Wende möchte den Antrag 6/AN/491 heute einbringen. Er kann in der weiteren Beratungsfolge abgehandelt werden.

Zustimmung mit Änderung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschriften

TOP 4.1 Niederschrift der 23. Sitzung vom 16.03.2017

wird bestätigt

Zustimmung Ja 5 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

TOP 4.2 Niederschrift der gemeinsamen Sitzung mit dem Stadtentwicklungsausschuss vom 10.04.2017

wird bestätigt

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 5 Informationen der Vorsitzenden

keine

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Herr Almes

Ärztliche Versorgung

in Fürstenwalde/Spree ist eine steigende Bevölkerungsentwicklung zu erkennen. Die wenigen Fachärzte haben einen Altersdurchschnitt von 50 – 55 Jahre. Herr Almes appelliert an die Verwaltung und an den politischen Raum darüber nachzudenken, wie wir motivierte, junge Ärzte in die Stadt holen und welche Instrumente dazu eingesetzt werden können.

Ca. 20 Elternteile aus Fürstenwalde Süd und den Umlandgemeinden nehmen an der Sitzung teil. Die **Vorsitzende** informiert die Gäste über die Tonaufzeichnungen, die der Erstellung der Niederschriften dienen und das, wenn Rederecht erteilt wird, die Namen aufgeführt werden.

Aktuelle Situation - Einschulungen zum Schuljahr 2017/2018

1. Frau Silvia Kessler

Mutter von 2 Kindern, 1 Kind wird bereits an der Gerhard-Goßmann-Grundschule (GG-GS) beschult. Das 2. Kind ist für das kommende Schuljahr angemeldet. Der Schulleiter hat bereits auf Anfrage informiert, dass insgesamt 27 Aufnahmeanträge abgelehnt werden müssen. Das betrifft 20 Kinder aus Fürstenwalde Süd und 7 aus Rauen. Auswahlkriterium ist die Wohnortnähe, im Umkreis von 1,9 km. Ausweichschulen sind die Sonnengrundschule (Sonnen-GS) und die Sigmund-Jähn-Grundschule (SJ-GS).

Frau Kessler weist auf die neu erschlossenen Wohngebiete hin. Am Friedrich-Naumann-Platz sind 20 Grundstücke von insgesamt 24 verkauft. Dort leben ca. 21 Kinder unter 6 Jahren. Des Weiteren die Ketschendorfer Feldmark I mit 36 Grundstücken und die Ketschendorfer Feldmark II voraussichtlich mit mehr als 40 Grundstücken. Die Einwohnerin appelliert an die Verwaltung, jährlich den Platzbedarf statistisch unter Einbeziehung der Umlandgemeinden Rauen, Langewahl, Steinhöfel zu ermitteln.

Langfristig schlägt sie vor, dass Gebäude der jetzigen Spreeoberschule ab 2020 als weiteren Standort zur Entlastung der GG-GS zu nutzen. Die Aufstellung eines Containers als kurzfristige Lösungsvariante. Alternativ könnte im Hort Wirbelwind ein Schulraum eingerichtet werden.

Frau Meister zeigt Verständnis und berichtet, dass entsprechendes Zahlenwerk unter Berücksichtigung der Zuwächse und Abgänge über Jahre aufbereitet und dem Fachausschuss vorgestellt wurde. Ein Schülerzuwachs ist durch die Zuwanderung von Flüchtlingen und Migranten erkennbar. Diese Entwicklung war nicht voraussehbar.

Eine mögliche Reaktion auf die starke Nachfrage der GG-GS, hier um eine ganze Klasse, lässt die Überlegung zu, dass man zunächst die bestehenden Verträge mit den Umlandgemeinden kündigt, um vorrangig den Fürstenwalder Kindern die im Einzugsgebiet wohnen, die Möglichkeit gibt, in der GG-GS beschult zu werden. Die Beratungsdrucksache wurde nun seitens der Verwaltung zunächst zurückgezogen.

Generell hat Fürstenwalde ausreichend Schulplätze in den Schulbezirken. Welches Kind wohin umverteilt wird, entscheidet die jeweilige Schule in Abstimmung mit dem Staatlichen Schulamt.

2. Frau Doreen Driebusch

zugezogen aus Hamburg, beide Elternteile Vollzeitberufstätig und sind auf die Unterstützung der Großeltern angewiesen. Haben ihre Tochter ebenfalls an der GG-GS und im Hort „Wirbelwind“ angemeldet. Frau Driebusch bemängelt, dass die Schule nicht darauf hingewiesen hat, dass nicht alle Aufnahmeanträge für das Schuljahr 2017/2018 aus Kapazitätsgründen berücksichtigt werden können. Nun haben sich die Eltern für die Freie Rahnschule entschieden, womit auch Kosten verbunden sind. Auf Nachfrage, ob die Stadt hier finanziell unterstützen kann, erklärt **Frau Meister**, dass es hierfür keine Rechtsgrundlage gibt.

3. Herr Jan Giesau

ist der Meinung, dass das Problem hausgemacht ist und erinnert an die Diskussionen vor 5 Jahren zur Errichtung des Hortes „Wirbelwind“. Der Stadtteil Süd ist der einwohnerstärkste Bereich, die Geburtenzahlen steigen und die Zuzüge durch die neu erschaffenen Wohngebiete nehmen zu. Herr Giesau wirft der Verwaltung vor, dass entsprechendes Wissen vorhanden ist, jedoch nicht gehandelt wird und die Prognosen nicht realistisch sind. Warum wird in Süd nicht eine weitere Grundschule ertüchtigt?

Die Aussage, dass mehr Anmeldungen vorliegen, als Schulplätze vorhanden sind ist nicht richtig, so **Frau Meister**. Die Bilanzierung erfolgt unter Berücksichtigung der Ersatzschulen, wie die Grundschule in Rauen, die Katholische Grundschule, die Freie Rahnschule und teilweise die Montesorischule.

Bezüglich der Rückstellungen weist die Fachbereichsleiterin darauf hin, dass dies nach der Einschulungsuntersuchung in Abstimmung mit den Schulen entschieden wird.

4. Herr Steffan Burow

wohnt auf der Grenze zwischen Fürstenwalde und Rauen und diese Straßenseite gehört zur Rauen. Die Gemeinde hat vor 5 Jahren den Handlungsbedarf erkannt und eine neue Kita errichtet und gleichzeitig die Aufnahmekapazitäten erhöht. Auch er und seine Ehefrau sind vollzeitbeschäftigt. 1 Kind wird bereits an der GG – GS beschult. Sollte das 2. Kind nach Nord umverteilt werden, ist das für die Familie nicht akzeptabel. Die Kapazitäten an der Grundschule in Spreenhagen sind ebenfalls erschöpft. Er schlägt als langfristige Lösung vor, die jetzige Spreeoberschule nach Freizug als 2. Grundschule für Fürstenwalde Süd zu nutzen, worauf **Frau Meister** versichert, dass die Verwaltung gemeinsam mit den Umlandgemeinden nach Alternativen suchen werden.

5. Frau Sandra Reimann

aus der Gemeinde Steinhöfel sieht es problematisch, wenn die Vereinbarungen mit den Umlandgemeinden gekündigt werden. Es müssen Lösungen gefunden werden.

6. Frau Sandra Driebusch

hinterfragt, wie es in 6 Jahren funktionieren soll, wenn die Kinder in die Oberstufe wechseln. Hier ist der Landkreis gefragt und der hat bereits mit dem Neubau der Spreeoberschule mit mehr Kapazitäten, neben dem ehemaligen Finanzamt reagiert, so **Frau Meister**.

7. Frau Steffi Mittenzwei

aus der Umlandgemeinde Steinhöfel, möchte wissen, ob die Vereinbarungen mit den Umlandgemeinden gekündigt werden, wo sie dann ihr Kind für das Schuljahr 2018/2019 anmelden kann. **Frau Meister** erläutert, dass heute keine Entscheidung über die Kündigung oder den Bestand der Verträge gemacht werden kann. Der Beratungsgegenstand wurde mit heutigem Datum zurückgezogen. Im Augenblick gelten die Verträge mit den Umlandgemeinden weiter. Ob es noch zu einer anderen Entscheidung kommt, ist davon abhängig, ob andere Alternativen gefunden werden und wie sich der politische Raum positioniert.

8. Herr Wende

geht davon aus, dass die Verwaltung die Beratungsdrucksache auf Grund der verschiedenen Fristregelungen in den Verträgen zurückgenommen hat und alles nochmals auf den Prüfstand stellen will.

Er erinnert an einen Antrag der CDU-Fraktion, ein ganzheitliches Entwicklungskonzept für Fürstental Süd, explizit für den Kita-, den Hort- und Schulbereich, in der sozialen Infrastruktur und in der Mobilitätsinfrastruktur zu erstellen. Dies wurde im politischen Raum diskutiert, jedoch bis heute nicht umgesetzt.

Herr Wende erinnert auch an die vor 2 Jahren geführten Diskussionen zum Hort „Wirbelwind“. Die Grundschulmisere hat uns nun erreicht. Der Stadtverordnete kritisiert die Arbeit des Fachbereiches Bürgerdienste, besonders die der zuständigen Fachgruppe und die des Fachbereiches Stadtentwicklung.

Es sollte geprüft werden, was an der einen oder anderen Grundschule verbessert werden kann, um sie attraktiver zu machen und das sie wieder angewählt wird. Das ist Aufgabe des Schulträgers, gemeinsam mit den Schulleitungen, den LehrerInnen und den Eltern. Dazu wird ein koordiniertes und kooperatives Handeln aller Beteiligten erforderlich. Deshalb muss über Bildungsmanagement und mehr Bildungs Kooperation diskutiert werden. Sollte das nicht gewollt werden, besteht die Option, die bestehenden Schulbezirke aufzulösen.

Die hier genannten Alternativen müssen vorurteilsfrei geprüft werden. Dazu ist eine bessere Zusammenarbeit mit dem LOS erforderlich. Z. B. Schulzentren, eine Idee die das Land Brandenburg gemeinsam als Konzept im September 2016 entschieden hat (mit dem Sonderförderprogramm KIP), bezogen auf die jetzige Spreeoberschule und ihre Zukunft. Aus diesem Grund auch der vorliegende Antrag der Fraktion Die Linke.

Abschließend richtet Herr Wende das Wort an die Gäste, die heute die Einwohnerfragestunde genutzt haben, um ihren persönlichen Unmut vorzutragen, aber auch kurz- und langfristige Lösungsvorschläge unterbreitet haben. Um das Problem gemeinsam lösen zu können, ist ein vernünftiger Dialog und eine vernünftige Struktur erforderlich. Dafür erscheint es sinnvoll, wenn sich die Eltern einem Gremium, z. B. einem Elternbeirat anschließen (Mandat aufnehmen). Ansonsten werden die Betroffenen als Individualperson mit individuellem Interesse wahrgenommen.

9. Herr Fechner

lebt mit seiner Familie in Rauen, ein Kind besucht bereits die GG-GS, ob das Geschwisterkind nun aufgenommen oder nach Nord umverteilt wird, ist fraglich. Er favorisiert die Containervariante.

Ergänzend weist er auf das hohe Verkehrsaufkommen in den Morgenstunden zwischen 07.30 und 08.00 Uhr hin.

10. Katrin Hirsch

ist von der Problematik nicht betroffen, zeigt aber Interesse für dieses Thema. Auf Nachfrage zum Erweiterungsbau an der TF-GS erläutert **Herr Tschepe**, dass dieser in den vergangenen Jahren aus verschiedenen, nicht zuletzt aus finanziellen Gründen zurückgestellt wurde. Derzeit befindet sich die Verwaltung in der Vorbereitung der Planungsphasen. Ab 2018/2019 soll das Vorhaben realisiert werden, so dass die Klassen dann durchgängig 3-zügig geführt werden können.

Zur Problematik der Schulwege schlägt er vor, gemeinsam mit den Schulen, den Eltern, den Busverkehr zu animieren, zur Entlastung beizutragen.

11. Frau Miethke

erinnert an 2014, an die Diskussionen im politischen Raum im Rahmen der Erweiterung des Hortes

„Wirbelwind“. Um die damalige Situation an der GG-GS zu entschärfen, hat die BFZ-Fraktion ein Konzept erarbeitet, dass von den Stadtverordneten keine Zustimmung erhalten hat, worauf **Herr Wende** erklärt, dass das Konzept nicht realisierbar gewesen ist, da keine kommunalen Flächen vorhanden sind.

TOP 7 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 7.1 Informationen über die Änderungen im 8. Buch Sozialgesetzbuch (SGB XIII) (BE: Herr Röstel und Herr Bernhardt)

Herr Röstel, Fachbereichsleiter im Verein JuSeV, Leiter des Fachbereichs Kinder- und Jugendsozialarbeit und der Jugendberufshilfe informiert im Auftrag der Unterarbeitsgruppe nach § 78 SGB XIII über die Änderungen im 8. Buch Sozialgesetz (SGB XIII) und welche Problemlagen diese mit sich bringen.

Die Novellierung ist schon seit Jahren in Bearbeitung und stützt sich auf den Bereich Hilfe zur Erziehung. Bisher hatten überforderte Eltern einen rechtlichen Anspruch. Nach der Reform entfällt dieser.

Herr Teichmann

empfiehlt den Anwesenden sich Informationen einzuholen, um dann die Tragweite in Gänze zu verstehen. Der Referentenentwurf ist der Homepage des Landkreises zu entnehmen.

Herr Killisch

auf Anfrage, ob es eine Zeitschiene gibt, teilt **Herr Wende** mit, dass die Bundesregierung beabsichtigt, die Novellierung noch in dieser Wahlperiode zum Abschluss zu bringen.

Bisher war für die Hilfe zur Erziehung der wirtschaftliche Aspekt die Grundlage und jetzt ist es der pädagogische. Das bedeutet Mehrbelastung für die Gemeinden. **Herr Killisch** fordert die Stadtverordneten zum parteipolitischen Handeln auf.

Herr Wende

es geht bei der Reform nicht um das Kinder- und Jugendhilferecht, sondern um die Finanzstruktur des Bundes und der Länder. Er schlägt vor, diesbezüglich an Landtags- und Bundestagsabgeordnete in der Region heranzutreten.

TOP 7.2 Integriertes Entwicklungskonzept (IEK) "Soziale Stadt Fürstenwalde 6/DS/484 Nord" 2017 - Maßnahmen und Erweiterung der Gebietskulisse

Das integrierte Entwicklungskonzept (IEK) ist im Gegensatz zum integrierten Stadtentwicklungskonzept (INSEK) ein gesamtstädtisches Konzept, dass alle Belange die Stadtentwicklung betrachtet, wie Wohnungsbau, Gewerbe, Schulen und Verkehr, so **Herr Tschepe**.

Frau Albrecht erläutert die Thematik an Hand einer Präsentation, die als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt ist.

Sie ist wie folgt gegliedert:

1. Soziale Stadt, Programmgebiet in Nord
2. aktuelle Herausforderungen und Ziele
3. welche Beteiligte haben an der Erarbeitung mitgewirkt
4. Maßnahmen und Handlungsfelder die integriert werden sollen
5. tabellarische Übersichten der Maßnahmen und Projekte für die nächsten Jahre
6. Maßnahme- und Gebietsplan
7. Vorschläge für Gebietskulissenerweiterungen und Finanzierung

Im Anschluss bittet **Herr Wende** die Verwaltung, auch die Gebietskulissen Mitte und Süd zu betrachten, worauf **Frau Miethke** beantragt, den Beschlussvorschlag dahingehend zu erweitern.

Herr Tschepe weist darauf hin, dass dies in 2017 nicht zu leisten ist, sondern erst in den Folgejahren zu ermöglichen ist.

Herr Wende schlägt vor, im Namen seiner Fraktion einen qualifizierten Antrag für 2018 zu formulieren und die Verwaltung zu beauftragen, die Gebietskulissen Mitte und Süd zu beleuchten. Daraufhin nimmt **Frau Miethke** ihren Antrag zurück.

TOP 7.3 Umfassende Überarbeitung Integriertes Stadtentwicklungskonzept 6/DS/483 (INSEK), hier: Leitbild und Entwicklungsziele (Zwischenbericht)

Herr Tschepe führt den TOP ein. **Frau Hartfiel** von der Gruppe Planwerk gibt einen Zwischenbericht zum INSEK und erläutert an Hand einer Präsentation. (Die Präsentation wird als Anlage 2 der Niederschrift beigelegt.)

Der Zwischenbericht basiert auf Abstimmungen zwischen verschiedenen Akteuren und Experten in Dialog- und Bürgerabende, Workshops, Infostände, Internetseite und im politischen Raum. Im Herbst wird es eine Öffentlichkeitsveranstaltung geben.

Nicht nur die Hauptstadtregion Berlin - Brandenburg wächst, seit 2013 auch Fürstenwalde mit ihren Zuzügen und einer leicht steigenden Geburtenrate. Der Bevölkerungszuwachs ist vorwiegend in den Stadtteilen Mitte und Süd in den Altersgruppen 75+ und 0 bis 17 Jahren zu verzeichnen.

Der strategische Leitsatz „Fürstenwalde an der Spree – ein Wachstumszentrum in der dynamischen Metropolregion Berlin – Brandenburg“, das Selbstverständnis der Stadt, „Unsere Stadt ...lebenswert für Generationen...wirtschaftliches und kulturelles Zentrum...gastlich und tolerant!“ der untersetzt wird mit Gemeinsamkeit, Miteinander, transparente Beteiligungsprozesse, kooperative Planungsverfahren, stetige Kommunikation und bürgerfreundliche Stadtentwicklung.

Die Alleinstellungsmerkmale (Primärprofil) sind die Domstadt, ein lebendiges Zentrum, attraktive Wohnangebote, kurze Wege, vielfältige Bildungs- und Kulturangebote. Eine Stadt, die Lebensqualität für Jung und Alt sowie für Menschen unterschiedlicher Kulturen bietet. Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal ist Fürstenwalde als Gewerbe- bzw. Industriestadt und somit ein zukunftsorientierter Arbeitsstandort. Das 3. Primärprofil ist die Spreestadt, mit ihrem markanten Landschaftsraum, stadtprägenden Waldflächen und vielseitigen Freizeit und Erholungsmöglichkeiten.

Aus den Alleinstellungsmerkmalen gehen folgende Leitbildbereiche hervor:

- Wohnstandort mit Lebensqualität,
- Bildungs- und Sozialstandort für die Stadt und die Region,
- Domstadt und Tor zur Erholungs- und Tourismusregion Seenland Oder-Spree,
- Wirtschafts- und Industriestandort mit Tradition und Zukunft,
- klimafreundliche Stadt in prägnantem Landschaftsraum.

Abschließend geht Frau Hartfiel auf das räumliche Entwicklungsmodell ein. Entwicklungsschwerpunkte sind der innerstädtischer Spreeraum, das Bahnhofsumfeld Süd, das gesamte Hauptbahnhofsumfeld in Verbindung mit den Verknüpfungen nach Fürstenwalde Nord sowie der Sport- und Bildungscampus am SCHWAPP mit den ansässigen Schulen, die Kleine Freizeit und das Mehrgenerationenhaus.

Das 2. Beteiligungsverfahren ist in Vorbereitung. Die Dialogabende sind keine öffentlichen Veranstaltungen, es wird eingeladen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Verwaltung mit der Fortführung des vorgeschlagenen Erarbeitungsprozesses.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.4 Projekt "stadtspielerJUGEND"

Die Stadtjugendpflegerin **Frau Hirsch** erläutert anhand einer Präsentation das Projekt „Stadtspieler“, das aus dem Bereich Stadtentwicklung/Stadtleitplanung stammt (Die Präsentation wird als Anlage 3 der Niederschrift beigelegt).

Auf Grundlage des § 4 der Beteiligungssatzung, Kinder- und Jugendkonferenzen, wird diese Methode angewendet, mit dem Ziel, dass Jugendliche stadtbezogene Aushandlungsprozesse demokratisch verstehen lernen.

Begleitet wird das Projekt vom Büro stadt.menschen.Berlin. Im Zeitraum Februar und März dieses Jahres haben bereits 3 Workshops stattgefunden, an denen SchülerInnen von 6 weiterführenden Schulen aus Fürstenwalde teilgenommen haben.

Am 28.04.2017 fand ein Jugendforum statt, das vom Bürgermeister eröffnet wurde. Insgesamt haben sich 33 Jugendliche beteiligt. Davon knapp die Hälfte aus den Workshops davor. Zunächst wurden Arbeitsgruppen mit jeweils 4 bis 5 Personen gebildet. Gearbeitet wurde mit einer auf Fürstenwalde angepassten Version der Methode stadtspielerJUGEND. Benannt wurden Motto, Zukunftspreise und eine die Zukunftspreise verbindende Geschichte.

Um sich über den genauen Spielablauf zu informieren, lädt Frau Hirsch zum Methodenworkshop am 13.05.2017 im Rahmen des Städtebautages ein.

Nachdem das Projekt beendet war, wurden die Ergebnisse der Öffentlichkeit vorgestellt. Insgesamt haben die Jugendliche ca. 140 Ideen und Wünsche für die Zukunft der Domstadt zusammengetragen. Diese betreffen die Bereiche Ordnung, Sicherheit, Umwelt, Sitz- und Verkehrsinfrastruktur, Bildung, Stadtbild und Freizeit. Die Umsetzung von kleineren Projekten erfolgt über das Bundesprogramm „Demokratie leben“ oder über das Bürgerbudget. Größere Vorhaben werden in Entwicklungskonzepte aufgenommen. Zur Antragstellung auf Mittel aus dem Bundesprogramm werden Paten gesucht, da noch nicht alle Jugendlichen 18 Jahre alt und somit noch nicht antragsberechtigt sind. Erste Patenschaften wurden bereits übernommen.

Zum Stadtfest wird es einen Infostand geben, an dem alle Ideen präsentiert werden. Die Jugendlichen werden Beteiligungssmoothies mixen.

Im Anschluss des Beitrages stellt Frau Hirsch die Frage, warum die anberaumten INSEK – Dialogabende nicht öffentlich sind und dadurch interessierte Kinder- und Jugendliche nicht die Möglichkeit der Teilnahme haben, worauf **Frau Albrecht** erklärt, dass die Dialogabende als Expertenaustausch zwischen Verwaltung, Politik und weiterer Träger öffentlicher Belange genutzt werden, um sich mit den verschiedenen Aspekten der Stadtentwicklung zu befassen. Im Herbst ist eine Öffentlichkeitsveranstaltung für Einzelpersonen, die ihre Interessen im Rahmen des Stadtentwicklungsprozesses mit einbringen wollen, anberaumt. Ergänzend versichert **Frau Hartfiel**, dass die gesammelten Ideen aus dem Beteiligungsprozess von den Kinder- und Jugendlichen den Experten nicht vorenthalten werden.

Herr Wende und **Herr Killisch** stimmen der Aussage von **Frau Hirsch** „Kinder und Jugendliche sind Experten und aus diesem Grunde auch zu beteiligen“ zu.

Nach weiteren kontroversen Diskussionsbeiträgen einigen sich die Anwesenden und bitten Frau Hirsch Jugendliche zu aktivieren.

TOP 7.5 Grundsatzbeschluss zum Umbau, der Sanierung und Instandsetzung 6/DS/471 des Jagdschlusses

Herr Tschepe führt den Beratungsgegenstand ein. Bezüglich der Diskussionen in der Einwohnerfragestunde weist er darauf hin, dass mit der Sanierung der Aufbauschule die Bildungslandschaft für Fürstenwalde und Umgebung erheblich bereichert wird und mit dem Jagdschloss ein Kultur- und Wirtschaftsstandort entsteht. Die Maßnahmen betreffen die regionale Entwicklung und können somit aus dem europäischen Programm EFRE zu 90 % gefördert werden.

An Hand der Präsentation des Architektenbüro Nülken aus Frankfurt (Oder), erläutert **Herr Fettke** zunächst die Zwischenergebnisse zur Vorplanung ehemaliges Jagdschloss (Souterrain, Grundriss Erdgeschoss mit 5 verschiedenen Nutzungsvarianten, Ansichten von Norden, Süden sowie Giebel-

ansichten).

Im Anschluss stellt er Vorschläge und Lösungsansätze für die Gestaltung der Außenanlagen vor. Wegebeziehungen, Blickachsen, städtebauliche Einbindung, Darstellung verkehrsrechtlicher und funktionaler Anforderungen.

(Die Präsentationen werden als Anlage 4/1 und 4/2 der Niederschrift beigelegt.)

Beschlussvorschlag:

Die Durchführung des Bauvorhabens „Sanierung und Umbau des Jagdschlusses“ in der Schlossstraße 13 und die Beauftragung der Planungsleistungen Lph 3 und 4 nach HOAI auf der Grundlage der Vorplanung wird beschlossen.

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 7.6 Antrag der Fraktion Die Linke -

Der Antrag wird zur Kenntnis genommen und kommt auf die TO der Stadtverordnetenversammlung am 08. Juni 2017.

TOP 8 Thema Integration

TOP 8.1 Aktueller Sachstand Integrationsnetzwerk und Integrationskonzept

Die Verwaltung wurde beauftragt, ein Integrationskonzept zu erstellen. Der Prozess wird begleitet von der RAA Brandenburg und vom Institut für Gemeinwesen Beratung DEMOS, die sehr viele Erfahrungen in anderen Bereichen, Gemeinden und Städten gemacht haben, so **Frau Hoffmann**. Zunächst wurde eine Steuerungsgruppe installiert, die sich zusammensetzt aus Vertretern des Fachbereichs Bürgerdienste, die freien Träger Caritas und Diakonie, die die Unterkünfte stellen, betreuen und begleiten sowie Mitglieder des Integrationsbeirates.

Die Handlungsfelder und die Arbeitsweise sind der Präsentation zu entnehmen. Je nach Thema werden weitere Experten und Menschen mit Migrationshintergrund beteiligt. Die erste Entwicklungswerkstatt findet zur Sprache und Sprachentwicklung noch im Mai statt und wird nach der Sommerpause im monatlichen Rhythmus fortgeführt. Abgestimmt ist das Vorhaben mit dem Integrationsnetzwerk, da viele Handlungsfelder sich an den Arbeitsgruppen des Integrationsnetzwerkes orientieren.

Die inhaltliche Struktur der Entwicklungswerkstätten soll gemeinsam mit allen Beteiligten im Arbeitsfeld erarbeitet werden. Dazu ist der IST-Stand zu ermitteln, ein Ausblick auf die zu erwartenden Entwicklungen und Herausforderungen zu erarbeiten und Strategien zur Umsetzung zu entwickeln. Zum Aspekt der interkulturellen Öffnung von Verwaltung kann die Integrationsmanagerin berichten, dass aktuell dazu eine Befragung aller MitarbeiterInnen sowohl im Rathaus als auch in den externen Einrichtungen der Stadt erfolgt, um nach Auswertung dieser ein entsprechendes Qualifizierungsangebot unterbreiten zu können.

Frau Bargenda

Zeitraum der Konzepterstellung

Z. B. ist für das Handlungsfeld Jugend, Sport und Freizeit beabsichtigt die Fachgruppe Jugendarbeit, die Arbeitsgruppe nach § 78 SGB XIII und andere Fachleute zu beteiligen, dass mit Zeitaufwand verbunden ist.

Herr Wende

Beteiligung des politischen Raums

Eine Unterstützung in den Entwicklungswerkstätten durch den politischen Raum wäre wünschenswert.

Herr Killisch

Nachhaltigkeit des Integrationskonzepts

Um dem Integrationsnetzwerk Aufträge erteilen zu können, werden verbindliche Strategien benötigt, die von Allen mitgetragen werden sollten, sowohl von der Verwaltung, der politische Ebene, BürgerInnen und den Leuten, die die Arbeit mit den Migranten ausüben und die an diesen Prozessen beteiligt sind.

(Die Präsentation wird als Anlage 5 der Niederschrift beigelegt.)

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Frau Meister

Platzvergabe im Pneumant Sportforum

Im Ergebnis eines gemeinsamen Termins mit Vertretern der SG Borussia und der BSG Pneumant wurde festgestellt, dass die Bedingungen für das Training keine Wettkampfbedingungen erfüllen müssen. Für das Training sind die grundsätzlich kleineren Flächen ausreichend. Mit beiden Vereinen konnte eine einvernehmliche Platzvergabe abgestimmt werden, es ist zunächst eine Einigung über eine Probephase, die am 31. Juli 2017 ausläuft. Anschließend erfolgt eine Auswertung. Die Ergebnisse und Erfahrungen fließen bei künftigen Platzvergaben in die Entscheidungsfindung ein.

Umstellung der Essensversorgung in den Kitaeinrichtungen

Zur Versorgung der Kinder mit Mittagessen, wird zusätzlich Frühstück und Vesper in süßer oder herzhafter Variante durch alle Träger der Einrichtungen angeboten (siehe Anlage 6). Laut den Aussagen der ErzieherInnen wird dies gut angenommen.

Auf Grund der gültigen Satzung, Beratungsdrucksache 6/DS/445, Beschluss in der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2017, sind die Eltern verpflichtet das Mittagessen anzuwählen. Hierzu sind mit heutigem Stand 12 Widersprüche eingegangen, in denen sich Eltern mit der Verfahrensweise nicht einverstanden erklären. Derzeit werden diese im Einzelfall geprüft.

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an freie Träger für die Förderung im Rahmen der sozialen Daseinsvorsorge, Inklusion der Menschen mit Migrationshintergrund sowie der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit der Stadt Fürstenwalde/Spree

Die Beratungsdrucksache 6/DS/485 ist verständlicherweise heute von der TO runtergenommen worden. Frau Meister weist darauf hin, dass die Richtlinie eine Antragsfrist, den 30. Juni beinhaltet und schlägt den Stadtverordneten vor, sich zunächst in ihren Fraktionen zu beraten, um den Beratungsgegenstand im kommenden Hauptausschuss zu thematisieren. Wünschenswert wäre, in der Stadtverordnetenversammlung am 08. Juni 2017 einen Beschluss zu fassen.

Herr Killisch regt an, die Änderungen zur vorhergehenden Richtlinie kenntlich zu machen, worauf **Frau Meister** erklärt, dass es bisher keine Richtlinie für die Jugendpflege gab.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Herr Runge

SG Gaselan - Beregnungsanlage und Sanierung des Rasens

Für beide Maßnahmen sind Mittel im Haushalt 2017 eingestellt, der am 30. März 2017 beschlossen wurde. Von einer renommierten Firma wurde bereits ein Kostenvoranschlag eingereicht. Die zuständige Fachgruppe hat per E-Mail mitgeteilt, dass die Maßnahmen ausgeschrieben werden müssen. Herr Runge weist auf die Witterungsverhältnisse hin, da es nicht möglich ist, eine Sportrasenfläche außerhalb der Sommermonate zu überholen. **Frau Meister** erklärt, dass der Bedarf schon lange angemeldet und bestätigt worden ist. Im Ergebnis interner Prüfungen, ist hierzu ein Vergabeverfah-

ren erforderlich. Die Ausschreibung wird derzeit vorbereitet.

Frau Miethke

Fragen aus der Einwohnerfragestunde

1. Was passiert mit den SchülerInnen, die in diesem Jahr eingeschult werden? Welche Pläne werden aktuell verfolgt? Welche Einzugsgebiete wurden berücksichtigt?

Über die angemeldeten Kinder trifft die jeweilige Schule in Abstimmung mit dem Staatlichen Schulamt im Rahmen eines Auswahlverfahrens die Entscheidung, ob eine Aufnahme oder eine Umverteilung an eine andere Schule erfolgt, so **Frau Meister**. Kriterium dabei ist die Wohnortnähe zur Schule. Auf Grund des Platzmangels an der Gerhard-Goßmann-Grundschule wird es höchstwahrscheinlich zu Umverteilung nach Fürstenwalde Nord kommen. Die Bescheide an die AntragstellerInnen werden von den Schulen erst Ende Mai versandt. Erst dann ist die Verwaltung in der Lage, eine Auswertung vorzunehmen.

2. Wieviel Flüchtlings- und Migrantenkinder werden in diesem Jahr eingeschult und in welche Einrichtung? Da die Auswahlverfahren erst Ende Mai abgeschlossen sind, kann auch diese Frage erst später beantwortet werden.

3. Was hat die Stadt konkret in den letzten Jahren und aktuell bezüglich der Umlandgemeinden unternommen, um die Schulstandorte in Fürstenwalde für alle Kinder zu sichern? Gab es Bestrebungen der Umlandgemeinden auf die Stadt zuzukommen?

Frau Wagner

1. Baumaßnahmen L 35

Die Umleitungen über die Alte Petersdorfer Straße, den Rauener Kirchweg und der Ferdinand-Bauer Straße ist eine Katastrophe. Ständig kommt es zu Staus und Verkehrsunfällen. Der Zeitung war zu entnehmen, dass die Polizei bittet, diese Umleitung weiträumig zu umfahren. Frau Wagner bittet den Fachbereichsleiter Stadtentwicklung diesbezüglich Kontakt mit dem Straßenverkehrsamt aufzunehmen und nach anderen Lösungen zu suchen.

Auch die Verwaltung war über diesen Artikel überrascht, der weder mit dem Landesstraßenbetrieb, noch mit der Stadt abgesprochen war, so **Herr Tschepe**. Es gibt keine sinnvollen Alternativen zu der jetzigen Umfahrung. Besonders im Kreuzungsbereich des Rauener Kirchweges/Ferdinand-Bauer-Straße kam es vermehrt zu Unfällen. Hier wurden kurzfristig die Sichtverhältnisse durch Rückschnitt der vorhandenen Bäume und Sträucher verbessert. Eine weitere Entspannung der jetzigen Verkehrssituation wird es nach Freigabe der Bahnhofstraße Ende des nächsten Monats geben.

2. Anmerkung zu den Beiträgen der Einwohnerfragestunde

Ein sechsjähriges Kind von Süd nach Nord und umgekehrt allein mit dem Bus fahren zu lassen, empfindet **Frau Wagner** verantwortungslos. Es sollte über eine Shuttlelösung nachgedacht werden. Des Weiteren erinnert sie an den Schulentwicklungsplan des Landkreises, der die Zügigkeit der Schulen nach Raumfaktor berechnet und die Klassenstärken festlegt. Die Kommunen machen Zuarbeiten, die Entscheidung trifft jedoch der Landkreis. Schon aus rein rechtlichen Gründen, lässt der Schulentwicklungsplan nicht zu, eine weitere Klasse zu eröffnen oder einen Container aufzustellen um mehr SchülerInnen zu beschulen.

Ein Schulneubau bedarf der Genehmigung des Ministeriums. Selbst wenn hier die Zustimmung vorliegen würde, sind die Lehrkräfte nicht ausreichend vorhanden.

Herr Tschepe

zum Busverkehr

Aus Gesprächen mit SchulleiterInnen heraus berichtet Herr Tschepe, dass die Eltern von Kindern im Alter von 8 oder 9 Jahren oft die Fähigkeit allein Bus zu fahren, unterschätzen. In Berlin z. B. bieten die BVB, SchülerInnen der 1 Klassen aktives Schülertraining an. Leider ist der BOS dahingehend ausgesprochen passiv. Des Weiteren haben die LeiterInnen der Grundschulen unschöne Erfahrungen mit den sogenannten „Elterntaxis“ gemacht. Wenn die Eltern mit ihrem PKW in Eile vor der Schule halten, werden zum Teil auch andere SchülerInnen gefährdet. Diese Thematik sollte unbedingt nochmals kommuniziert werden, so Herr Tschepe.

Herr Wende

Anmerkung zu den Beiträgen der Einwohnerfragestunde

bittet folgende Optionen zu prüfen:

1. Kinder von Süd nach Mitte und von Mitte nach Nord umzuverteilen, um die Schulwege zu verkürzen

2. Verfahrensweise im Umgang mit Härtefällen, wie z. B. Geschwisterregelung

Daraufhin wiederholt **Frau Meister**, dass die jeweilige Schule in Abstimmung mit dem Staatlichen Schulamt die entscheidende Behörde ist. Es ist schon des Öfteren vorgekommen, dass Eltern gegen den Ablehnungsbescheid in Widerspruch gegangen sind und den Klageweg bestritten haben.

Es ist nicht möglich, abweichende Regelungen zu finden, von denen, die das Gesetz vorgibt und die auch in der Rechtsprechung ausgeurteilt wurden.

Frau Krüger

Parkbühne

Kürzlich hat eine Veranstaltung stattgefunden, die von den BürgerInnen gut besucht war und gelobt wurde. Es ist schade, dass hierzu kein Kommentar in der Presse erschienen ist.

Frau Kalipke

1. Altenheime und Heime für Betreutes Wohnen

Wieviel gibt es außer dem AWO-Neubau in Fürstenwalde und wie sehen die weiteren Planungen aus? **Frau Meister** nimmt die Frage auf und ist um eine zeitnahe Antwort bemüht.

Herr Tschepe erläutert ergänzend, dass mit dem AWO-Neubau kein ausgesprochenes Seniorenwohnen oder Betreutes Wohnen verfolgt wird, sondern barrierefreie Wohnungen speziell für ältere Menschen geschaffen werden.

2. Private Initiativen für Kitas

Diesbezüglich liegen der Verwaltung 2 Anfragen vor. Es wurden bereits beratende Gespräche geführt und die Vorhaben seitens des Landkreises und der Stadt unterstützt.

Die Rahn-Schulen suchen derzeit einen neuen Standort für ihre Kita, um ihre Platzkapazitäten zu erhöhen.

Frau Lehmann

nicht öffentlicher Teil der Sitzung

Da keine Informationen der Verwaltungen anliegen und die Mitglieder des Ausschusses keine Anfragen haben, wird vorgeschlagen, über die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der 23. Sitzung vom 16.03.2017 ohne Kommentare im öffentlichen Teil abzustimmen. Die Stadtverordneten erklären sich einverstanden.

Zustimmung Ja 5 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Die **Vorsitzende** beendet um 22.25 Uhr die 24. Sitzung des Fachausschusses.

Die Niederschrift umfasst 12 Seiten. Im AIS sind 7 Anlagen und 9 Audits eingestellt.

Karin Lehmann

Elke Stein

Vorsitzende

Schriftführerin

